



Ende Juli 2011 wurde der Schulbetrieb in der Hauptschule Bärendelle in Essen-Frohnhausen eingestellt. Die SPD Frohnhausen machte sich Gedanken, wie man „eine realistische Perspektive für die Bärendelle“ findet, wobei „man stets vor Augen hat, dass die Stadt pleite ist. Man sollte eine Nutzung einplanen, die die Kosten (...) verringert.“ Wie das im konkreten aussieht, darüber gibt eine Vorlage der Partei Aufschluss. Hier ist die Rede von einem Verwaltungs- und Kulturzentrum einerseits, aber auch von privaten Investoren, wie der Wohnbau EG oder anderen, die in der ehemaligen Schule Loft- und/oder Mehrgenerationen-Wohnungen ausbauen sollen.

Weiter ist beschrieben, dass alle Ämter und Behörden in Frohnhausen (zum Beispiel das Bürgeramt Freytagstraße), die in angemieteten Gebäuden sitzen, in der Bärendelle konzentriert werden könnten. Auch die Stadtbibliothek käme dazu. Der Platz, der noch überbleibt, würde mit einer privaten Gastronomie gefüllt

und was dann noch überbleibt (also der Keller und das Dachgeschoss) könnte evtl. für kulturelle Zwecke wie Proberäume für Bands oder Theatergruppen oder ähnliches genutzt werden. Viele solcher Gruppen sind ja nach der Schließung des Jugendzentrums Papestraße „obdachlos“.

Was? Ein Bürger- und Kulturzentrum sollte nach unserer Meinung wesentlich mehr sein, als ein erweitertes Bürgeramt mit Kneipe und ein paar Kellerproberäumen! Wenn (was nach der Vorlage im Bezirk III sogar wahrscheinlicher ist) das Gebäude nicht sogar an private Investoren verhökert wird. Ein Bürgerzentrum Bärendelle muss kostenlosen Raum für die Menschen im Stadtteil schaffen, wo diese ihre Freizeit verbringen können. Das ist doch genau das, was uns am meisten fehlt! Schenken werden sie es uns nicht. Deshalb wird sich die DKP auch in Zukunft für solche Zentren einsetzen. Am liebsten gemeinsam mit allen Bewohnern des Stadtteils.

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP



**Diese Zeit braucht UNSERE ZEIT!
Jetzt 4 Wochen testen!**

kostenlos

Name Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de



Informationen der Deutschen Kommunistischen Partei

tatsachen

für die Belegschaft von WIDIA Kennametal und Kolektor Magnet Technology

1. Mai 2012

Jetzt wird's ernst in der Tarifrunde

Völlig richtig hat die Süddeutsche Zeitung erkannt: „Die Arbeitgeber haben ein Angebot vorgelegt, das die IG Metall nur ablehnen konnte.“ Warum diese Provokation? „Die IG Metall streikt sowieso“. Als ob Belegschaften jemals aus Jux und Dollerei gestreikt hätten!

„Die Arbeitgeber wären von allen guten Geistern verlassen gewesen, würden sie jetzt ein Angebot vorlegen, das der IG Metall weit entgegenkäme“ Die richten sich vielmehr auf Warnstreiks ein.

Also wären die Belegschaften und die IG Metall von allen guten Geistern verlassen, wenn sie den 1.Mai nicht zum Auftakt für eine Runde von Warnstreiks machen würden. Die Unternehmer wollen es nicht anders.

Hohnvoll merkt die FAZ an, die Gewerkschaften hätten sich durch ihr Krisenmanagement „salonfähig“ gemacht. Sollten wir also den 1. Mai in einen Salon verlegen?

Die Interessen der Arbeiter und Angestellten sind noch allemal im Betrieb, im Streik und notfalls auf der Straße verteidigt worden!

Abgehängt

In diesem Jahr wurden bei der Widia schon einige Tage „abgehängt“. Tage, an denen die Produktion ganz oder zumindest zu großen Teilen ruhte. Dem einen oder der anderen kam das ganz gelegen, doch einige haben mit diesen „abgehängten“ Tagen auch ihre Probleme.

Sicher kommt auch der nächste „abgehängte“ Tag den meisten recht gelegen und sie hätten den 30. April auf jeden Fall als Brückentag genommen. Doch über den gesamten Zeitraum gesehen, verliert man ja mit diesen festgelegten – und damit vorgeschriebenen – Ruhetagen auch ein Stück Souveränität über seine Freizeit.

Wie in solchen Fällen üblich wird dem Betriebsrat gleich mit der Forderung nach der Zustimmung zu diesen Maßnahmen damit gedroht, dass man sich ansonsten überlegen müsste, ob man befristet Beschäftigte überhaupt noch halten kann.

Mai-Demonstration des DGB ab 10.00 Uhr von Girardet/Rüttenscheid – Zwischenstation am Willy-Brandt-Platz – Kundgebung um 11.00 Uhr auf dem Burgplatz

Maifeier der DKP am Sonntag, 29. April im Bürgerhaus Oststadt in Essen-Steele. Beginn 16.00 Uhr.

Unser Motto: Höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit, Schluss mit der Bescheidenheit!

Vom Sieben Bei den Forderungen bleiben

Bei der Firma Kolektor wird wieder emsig gesiebt. In den Monaten Mai und Juni geht es um die Frage ob befristet beschäftigte Kolleginnen und Kollegen nach zwei Jahren Arbeit für die Firma in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden oder ob man sie nach dieser langen Zeit einfach wieder in die Arbeitslosigkeit entlässt.

„Was sind das nur für Methoden?“ fragen immer wieder die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Kolektor. Im Abstand von einem halben Jahr müssen sich unsere Kolleginnen und Kollegen mit den befristeten Arbeitsverträgen, der Überprüfung unterziehen, müssen zittern, welches Urteil über sie gefällt wird. Und dann nach zwei Jahren geht es um das finale Aussieben. Nein – alle können nicht übernommen werden. So lautet der Spruch der Geschäftsführung. Einige vielleicht, die die besonders aufgefallen sind, oder vielleicht auch genau die nicht. Jetzt heißt es warten. Warten auf die Entscheidung der Herren.

Wo sind wir eigentlich gelandet? Werden die Uhren immer weiter zurückgedreht?

Der Präsident der NRW-Metall-Arbeitgeber, Horst-Werner Maier-Hunke, nennt das von ihm vorgegebene Angebot „außerordentlich attraktiv“. Die jämmerlichen 3 Prozent, gestreckt auf 14 Monate. Umgerechnet auf 12 Monate sind es 2,5 Prozent.

Dass damit ein weiteres Absinken der Reallöhne vorprogrammiert ist, weil noch nicht einmal die Inflationsrate ausgeglichen wird, juckt die Unternehmer nicht. Jetzt vergessen sie sogar ihr eitles Selbstlob vom deutschen „Job-Wunder“ und behaupten demagogisch, es hätten weiterhin „mehr als drei Millionen Bürger keine Arbeit, weil die Löhne zu hoch sind.“ Damit wollen sie ihren Versuch rechtfertigen, den Gewerkschaften ein Lohndiktat aufzuzwingen.

Durch die Forderung nach mehr Mitbestimmung bei der Leiharbeit sehen sie ihre „Unternehmerfreiheit“ bedroht. Denn das sind „Menschen mit dem ganz tief sitzenden Bedürfnis, selber entscheiden zu wollen, wen sie in ihrem Laden

einsetzen und zu welchen Bedingungen“, belehrt uns die Süddeutsche Zeitung.

Und diese empfindsamen Herren kotzen mit der famosen Gegenforderung, statt mit den zulässigen 18 Prozent der Beschäftigten eines Betriebes mit 30 Prozent eine 40-Stundenwoche vereinbaren zu können. Das käme doch dem Verlangen nach mehr Geld entgegen. So sollen die Belegschaften gespalten, soll Solidarität untergraben, die Vereinbarung über die 35-Stunden-Woche ausgehebelt werden.

Grund genug, sich in den Betrieben dafür stark zu machen, dass die gewerkschaftlichen Forderungen der laufenden Tarifrunde

- 6,5 Prozent mehr Lohn für 12 Monate,
 - Mitbestimmung der Betriebsräte bei der Leiharbeit,
 - unbefristete Übernahme der Auszubildenden,
- durchgesetzt werden. Wenn es sein muss durch Streik.

Das nennen sie SPAREN

Erstmals seit 13 Jahren stagnieren auf der Welt die Rüstungsausgaben. Jetzt müsse sogar das Militär „sparen“. Dabei sind die Rüstungslasten auf absoluten Weltrekord getrieben worden. Und wodurch? „In den vergangenen zehn Jahren sind, vor allem wegen der langen und blutigen Kriege im Irak und Afghanistan, die Rüstungsausgaben auf der ganzen Welt um gut 40 Prozent auf mehr als 1,7 Billionen Dollar gestiegen“. (FAZ, 17.4.2012)

Und wo wird jetzt „eingespart“? Die FAZ vermeldet: „Allein die beiden größten Waffenhersteller der Welt (Lockheed-Martin/USA und die britische BAE-Systems) haben in den vergangenen beiden Jahren zusammen fast 40 000 Arbeitsplätze gestrichen“.

Deshalb wurden nicht weniger tödliche Werkzeuge hergestellt. Mit weniger Leuten mehr produzieren, ist auch hier eisernes Gesetz.

Sind wir Deutschen wieder mal besser dran, weil Deutschland in den fraglichen Jahren zum drittgrößten Waffenex-

porteur der Welt aufgestiegen ist? Durch Geschäfte wie den Verkauf von 200 Leopard-Kampfpanzern an die feudale Diktatur Saudi-Arabien oder von atomwaffenfähigen U-Booten an Israel oder das bankrotte Griechenland.

Können wir also beruhigt unsere Zukunft auf Rüstung und Kriege bauen? Auch in „unserer“ Rüstungsindustrie werden gnadenlos Arbeitsplätze weggrationalisiert.

Das einzig Vernünftige bleibt, sich auf der ganzen Welt die verschwenderische und mörderische Rüstung zu sparen!

Impressum:

DKP Essen
V.i.S.d.P.: Gerd Deumlich
Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Druck: Eigendruck

Ich will
<input type="checkbox"/> mehr Infos über die DKP und ihr Programm
<input type="checkbox"/> die Zeitung der DKP kennenlernen
<input type="checkbox"/> Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
<input type="checkbox"/> Mitglied der DKP werden
Name _____
Vorname _____
Straße _____
PLZ / Ort _____
Telefon _____
E-Mail _____
Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an: DKP-Kreisvorstand Essen Hoffnungstraße 18, 45127 Essen Tel.: 0201-23 56 45 www.dkp-essen.de E-Mail: dkpessen@dkp-essen.de

Am 13. Mai ist Landtagswahl

Die „rot“-grüne Minderheitsregierung in NRW ist gestürzt. Rot-Grün – das war alles andere als eine linke Alternative zur CDU. Diese Regierung hat keine konsequente soziale Politik gemacht. Sie verpackte Maßnahmen des Kahlschlags in schöne Titel, wie das „Stärkungspaket“ für in die Pleite getriebene Kommunen. „Finanzhilfen“ werden benutzt, um die Kommunen zu weiterem Kahlschlag zu zwingen. Die ehemalige Landesregierung hat kein Sozialticket eingeführt, das den Namen auch verdient. Sie hat nicht mehr kostenlose Bildung für alle geschaffen, stattdessen noch mehr Schulformen. Mit dem Ausbau der Kita-Plätze für unter 3-Jährige hinkt NRW hinterher..

Wenn die Partei Die Linke auch allen Grund hat, ihr Wirken im Landtag kritisch zu überdenken, ihre Politik unterscheidet sich von den anderen. In ihrem Landtagswahlprogramm vertritt sie den Ausbau der Mitbestimmung und Arbeitszeitverkürzung, Vergesellschaftung von

Kernbereichen der Wirtschaft und die Sanierung der Kommunen. Das sind wichtige Forderungen der Gewerkschaften und der außerparlamentarischen Bewegungen. Dafür können Parlamentssitze nützen. Sie können jedoch nicht ersetzen, dass sich die Bürger selbst rühren.

Das trifft auch für die kommende Landtagswahl zu. Natürlich soll man sein Kreuzchen machen. Aber damit allein ist es nicht getan: Wir haben mehr als die Wählerstimme. Unsere Stimme können wir erheben im Protest gegen unsoziale Politik, gegen Kriege und Umweltzerstörung.

Bei der DKP wird man diesmal kein Kreuzchen machen können. In der Kürze der Zeit war das für uns nicht zu schaffen, auch weil undemokratische Gesetze den kleinen Parteien zusätzlich Hürden für eine Kandidatur in den Weg legen. Was also tun? Das Kreuz dort machen, wo zumindest die meisten Forderungen stimmen, und das ist die Partei Die Linke.

Aufregung in der SPD-Spitze

Dem Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder genügt es nicht, dass er mit seiner Agenda 2010, die das schandbare Hartz IV gebar, der SPD eine Wahlniederlage und Merkel den Kanzlerposten bescherte. Jetzt verlangt Schröder eine „Agenda 2030“, wodurch u.a. die Rente mit 67 festgeschrieben werden soll.

Helle Aufregung in der SPD-Führung. Nicht über den Inhalt dieser Schnapsidee – Nein, dass das Ding wieder „Agenda“ heißen soll! Nicht noch einmal diesen „belasteten Begriff“ ist der hellhellere Aufschrei. Wie man Politik verkauft – darauf kommt es an.

DKP fordert:

Ein landesweites Sozialticket für 15 Euro

Keine soziale Ausgrenzung – Mobilität für Alle

Auch arme Menschen haben ein Anrecht auf Mobilität. Schon seit Jahren drängen Sozialticket-Initiativen – zusammen mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Erwerbslosengruppen und anderen – auf die Einführung eines Sozialtickets in den öffentlichen Verkehrsmitteln in NRW.

Das „SozialTicket“ wird derzeit für 29,80 Euro bei nur mäßigem Interesse im Bereich des VRR bis zum 31.12.2012 erprobt. Auch der am 1. März 2012 im VRR eingeführte „MobilPass“ für 31,80 Euro, gültig lediglich für die Stadtgebiete, ist völlig unzureichend.

Mobilität ist Teil der sozialen Infrastruktur, so wie kostenloser Schulbesuch, bezahlbares

Gesundheitssystem, sowie ein uneingeschränkter Zugang zu Nahrung, Wasser und Energie. Für finanzschwache Menschen muss es ein Sozialticket geben, das den Namen auch verdient. Gemeinsam mit den Gewerkschaften, Sozialverbänden, Initiativen und der Partei Die Linke fordert die DKP ein landesweites Sozialticket für 15 Euro, das für ganz NRW gelten muss. Schülerinnen und Schüler müssen ein kostenloses Schokoticket erhalten.

Wir fordern die neue Landesregierung in NRW auf, statt Milliardensummen für die Banken zu verzocken und „Sparhaushalte“ durchzudrücken, eine ausreichende Finanzierung eines landesweiten Sozialtickets sicherzustellen.